



## Für eine marktwirtschaftliche Wende in der Energiepolitik

Thesenpapier des FDP-Landesverbandes  
und der FDP-Landtagsfraktion NRW  
27./28. August 2012

---

Die nordrhein-westfälischen Liberalen diskutieren zur Gestaltung der Energiewende folgende Thesen:

- Die FDP NRW bekennt sich zu den Zielen der **Energiewende** auf der Basis des **Energiekonzeptes der Bundesregierung**. Mit ihr sind ein umfassender und nachhaltiger Umbau der gesamten Energieversorgung sowie eine weitgehend CO<sub>2</sub>-neutrale Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien verbunden. Zugleich bekennt sich die FDP NRW zu den Zielen der Europäischen Integration. Wir möchten den Klima- und Umweltschutz daher durch eine verstärkte europäische Verzahnung der Energiepolitik energisch vorantreiben.
- Für die FDP NRW steht fest: Die Energiewende kann nur mit einer **nachhaltigen und integrierten Strategie** Erfolg haben – Nachhaltigkeit umfasst den Schutz der Umwelt und des Klimas genauso wie die Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Sozialverträglichkeit. Für die notwendigen Investitionen in die Energiewende sind Planungssicherheit und Vertrauen in eine verlässliche Energiepolitik von herausragender Bedeutung.
- Die FDP NRW hält eine **effizientere Umsetzung der Energiewende** für notwendig, die im Einklang mit den europäischen Rahmenbedingungen steht und die technischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der Energie- und Klimapolitik berücksichtigt.
- Diese Ziele lassen sich kosteneffizient nur durch eine **Rückkehr zu mehr Wettbewerb und Marktwirtschaft** realisieren: Subventionen, Förderprogramme und Kompensationszahlungen können keine dauerhafte Lösung sein. Überbordende staatliche Planungen lähmen den Wettbewerb, behindern Effizienz und Innovationen und führen in eine Interventionsspirale.
- Die FDP NRW ist überzeugt: Die Energiewende braucht mehr als zahlenmäßige Zielvorgaben, technische Konzepte und Regelungen für den Augenblick. Es bedarf einer klaren Vorstellung davon, wie der Strommarkt der Zukunft geordnet werden muss. Wenn zukünftig Energie zunehmend aus erneuerbaren Quellen und damit ohne variable Kosten produziert wird, kann möglicherweise auch kein Preis realisiert werden, der notwendige Investitionen in erneuerbare oder konventionelle Energieerzeugung finanziert. Ein **wettbewerbliches und marktbasierendes Stromsystem** muss auch nach erfolgreicher Energiewende möglich sein. Nur so können die Effizienz und die Innovationskraft des Wettbewerbs genutzt werden, die für eine sichere, umweltverträgliche, wirtschaftliche und bezahlbare Stromversorgung notwendig sind. Eine klare Vorstellung von einem zukünftigen Strommarkt bildet den Maßstab, an dem sich kurzfristige Regelungen und Übergangsprozesse ausrichten müssen. Ohne ein solches **Leitbild** bleiben die Instrumente am Strommarkt Stückwerk.
- Die FDP NRW hält eine **stärkere Kooperation aller Akteure** für erforderlich. Durch unabgestimmte und zum Teil gegenläufige energiepolitische Ziele in den Planungen des

Bundes, der Länder und Kommunen droht das Projekt zu scheitern. Durch das geplante Klimaschutzgesetz NRW würde die Situation beispielsweise noch verschärft.

- Die FDP NRW hält eine stärkere **Kooperation in der Europäischen Union** und auf den europäischen Märkten für dringend erforderlich. Die Energiepolitik in Deutschland darf nicht im Widerspruch zu den Zielen der Europäischen Integration stehen oder gar zu einer Desintegration der europäischen Energiemärkte führen.
- Das **Erneuerbare Energien Gesetz (EEG)** hat für ein starkes Wachstum der Erneuerbaren Energien gesorgt. Jetzt gilt es, diese schrittweise in den Wettbewerb auf den Energiemärkten zu integrieren. Ein ungebremstes Anwachsen des Subventionsvolumens sowie weitere Strompreiserhöhungen müssen verhindert werden. Allein die Ansprüche an zukünftige Vergütungen der in den Jahren 2000 bis 2011 installierten Anlagen summieren sich bereits auf über 100 Milliarden Euro. Diese Kosten sind in den kommenden Jahren von den Stromkunden zu finanzieren und werden weiter steigen – für das Jahr 2013 wird eine Erhöhung der EEG-Umlage um etwa 50 % erwartet. Auch wenn im Gegenzug der Ausbau der Erneuerbaren Energien den Börsenpreis für Strom tendenziell senkt: Die bisherige, **ineffiziente Form der Subventionierung** trifft vor allem einkommensschwächere Haushalte und **muss beendet werden**.
- Die FDP NRW strebt eine **marktorientierte Förderung** der Erneuerbaren Energien an, die durch zunehmenden Wettbewerb Kosten begrenzt und zu nachfragegerechtem Verhalten der Anbieter führt.
- Die FDP NRW fordert in einem ersten Schritt die schnelle Einführung einer **Kostenbremse für das EEG**, die zur Entlastung der Haushalte und Unternehmen von den gegenwärtigen und noch zu erwartenden Mehrkosten (EEG-Umlage) beiträgt.
- Es widerspricht den Zielen der Energiewende, dass der Staat von der steigenden EEG-Umlage auch noch durch höhere Mehrwertsteuer-Einnahmen profitiert. Im Gegenzug könnte ab dem Jahr 2013 die **Stromsteuer im Umfang der Mehrwertsteuer-Mehreinnahmen des Bundes reduziert** werden.
- Alle kostensenkenden Möglichkeiten der flexiblen Instrumente der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der EU sind zu nutzen. Der Bundesumweltminister ist aufgefordert, dem Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages zu folgen und die flexiblen Kooperationsmechanismen unverzüglich umzusetzen. Dies hätte bis zum Sommer 2012 erfolgen sollen.
- Daneben muss baldmöglichst eine **Reform im Rahmen des EEG** für Neuanlagen auf den Weg gebracht werden. Die FDP NRW legt Wert darauf, dass sie wirtschafts- und arbeitsmarktverträglich erfolgt und Planungssicherheit gewährleistet.
- Die Direktvermarktungsinstrumente sollten weiterentwickelt werden. Kurzfristig ist die **optionale Marktprämie** durch einen **optionalen Marktzuschlag** zu ersetzen, der die Vollabsicherung bei niedrigem Börsenpreis abschafft und so die erheblichen Mitnahmeeffekte beseitigt.
- In der nächsten Wahlperiode des Bundestages sollten die festen Einspeisevergütungen in ein **obligatorisches Marktzuschlag-System** umgewandelt werden, bei dem die Marktteilnehmer den Hauptteil ihrer Erlöse am Markt erzielen. Der Marktzuschlag bildet die noch bestehenden Kostenunterschiede der einzelnen Technologien zu fossilen Energieträgern ab. Er sollte degressiv ausgestaltet sein und nach Technologien, aber nicht mehr nach Anlagengrößen unterscheiden. So könnte gegenüber der festen Einspeisevergütung die nachfragegerechte Produktion bzw. Speicherung gefördert werden,

die Belastung der Verbraucher berechenbarer und ein Effizienzwettbewerb geschaffen werden. Betreiber kleiner Anlagen können zusätzlich zum Marktzuschlag als Markterlös den durchschnittlichen Marktwert ihres Stroms erhalten, wie ihn das EEG heute schon definiert.

- Der **Netzausbau**, regional wie überregional, muss zügiger und strukturiert erfolgen. Ohne ausreichende Netze kann eine kostengünstige Stromerzeugung nicht erreicht werden. Die **Bundesnetzagentur** muss in die Lage versetzt werden, bei instabilen Netzverhältnissen den Einspeisevorrang für neue Großanlagen per Beschluss regional außer Kraft setzen zu können. Das schafft Anreize, Großanlagen der Nachfrage entsprechend zu bauen. Der Einspeisevorrang ist ansonsten generell zu erhalten, um kleinen Marktteilnehmern eine faire Chance zu geben und den Druck auf die Netzbetreiber zum Netzausbau zu erhalten.
- Ein Systemwechsel durch ein **Energiewendegesetz**, das verlässliche Rahmenbedingungen und damit Planungssicherheit gewährleistet, muss sich anschließen. Der volkswirtschaftlich effizienteste Weg zur Förderung der Erneuerbaren ist die Einführung eines **Quotenmodells**.
- Die FDP NRW schlägt dazu vor, das EEG in ein Fördersystem umzuwandeln, das den Energieversorgungsunternehmen vorgibt, einen – an den Zielen und Zwischenzielen des **Energiekonzepts der Bundesregierung** auszurichtenden – Anteil (**Ökostromquote**) ihres verkauften Stroms durch erneuerbare Energien abzudecken bzw. diesen Anteil durch **Ökostromzertifikate** vorzuweisen (**Quotenmodell**). Einspeisevergütungen und Abnahmegarantie können für neue Anlagen entfallen; für Betreiber von Altanlagen gilt der Vertrauensschutz. Die Betreiber neuer Anlagen jedoch sollen zukünftig, ggf. durch Hilfe von Dienstleistern, den Strom selbst vermarkten.
- Das technologieunabhängige Quotenmodell wäre durch eine zeitlich begrenzte, **spezifische Förderung von noch nicht ausreichend marktfähigen Technologien** zu ergänzen. Mechanismen, die unerwünschte Verteilungseffekte (Mitnahmeeffekte) vermeiden und eine übermäßige Kostenbelastung insbesondere energieintensiver Branchen verhindern, müssen implementiert werden.
- Seinen Effizienzvorteil kann das **Quotenmodell** vor allem auf **europäischer Ebene** ausspielen. Dies bewirkt neben der effizienteren Nutzung von Standortvorteilen eine verstärkte Integration des Energiebinnenmarktes sowie den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen. Mitnahmeeffekte durch Grenzkosten-Preisbildung, Dominanz großer Anbieter und Konzentration auf wenige Technologien mit entsprechenden regionalen Effekten werden im europäischen Kontext geringer ausgeprägt sein.
- Die FDP NRW rät davon ab, für den **Netzausbau** zeitweilig die materiellen Standards im **Naturschutz** außer Kraft zu setzen. Dies würde nicht nur der für den zügigen Netzausbau so dringend benötigten Akzeptanz schaden. Die Bindung an Recht und Gesetz lässt sich nicht ins eigene Belieben stellen. Jedoch wäre es sinnvoll, den Bundesländern die Option zu eröffnen, bei Eingriffen in die Natur das **Ersatzgeld dem Real-Ausgleich gleichzustellen**. Dies würde die Umsetzung von Ausgleichsprojekten vom Investor zur Naturschutzbehörde verlagern und so die Verfahren beschleunigen.
- Die FDP NRW bekennt sich zum Industrie- und Energiestandort NRW: **Investitionen in flexible fossile Kraftwerke** werden weiterhin essentiell für die Gewährleistung der Sicherheit der Energieversorgung sein – als Ersatz für die Kernkraft sowie für den Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien, solange keine ausreichenden Möglichkeiten der Energiespeicherung zur Verfügung stehen.
- Die FDP NRW fordert, den bestehenden **Kraftwerkspark in NRW schnellstmöglich zu modernisieren**, um die effizientesten CO<sub>2</sub>-Senkungspotentiale realisieren zu können. Die Landesregierung muss hierzu das Kraftwerkserneuerungsprogramm vorantreiben und

bestehende Modernisierungen sowie Neuanlagen aktiv unterstützen. Dazu zählt auch die Fertigstellung des modernsten Steinkohlekraftwerks der Welt, Datteln IV.

- Beabsichtigte Maßnahmen der Landesregierung, wie die Einrichtung einer politischen „**Plattform Kraftwerke**“, die den zukünftigen Beitrag der fossilen Stromerzeugung festlegen will, oder den **Aktionsplan zur Stilllegung rheinischer Braunkohlenkraftwerke**, hält die FDP NRW vor dem Hintergrund des Emissionshandels für **unvereinbar mit dem freien Wettbewerb**.
- Der forcierte Ausbau der erneuerbaren Energien und der dadurch zunehmenden Fluktuation der Stromerzeugung darf die Versorgungssicherheit nicht gefährden. Um sicherzustellen, dass es weiterhin zu ausreichenden Investitionen in den konventionellen Kraftwerkspark und in regelbare Biomasse-Anlagen kommt, schlägt die FDP NRW die Einführung eines **Kapazitätsmarkts** bis zum Ende dieses Jahrzehnts vor. In Frankreich wird zurzeit die Einführung eines Kapazitätsmarkts geprüft. Auf entsprechende internationale Erfahrungen sollte gegebenenfalls zurückgegriffen werden.
- Die FDP NRW setzt sich ein für eine spezifische Förderung im Bereich Forschung und Entwicklung von Energie-Technologien, zum Beispiel in den Bereichen Energiespeicherung, Energieeffizienz oder E-Mobilität. Wir wollen NRW als Energieland Nr. 1 auch zum **Energieforschungsland Nr. 1** führen.
- Die **Energieeffizienz** muss wirksamer verstärkt werden. Bereits erfolgte Vorleistungen sind dabei angemessen zu berücksichtigen. Die FDP-Fraktion setzt auf die Förderung der energetischen Gebäudesanierung, die Einführung von Energie-Managementsystemen in Unternehmen und die transparente Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Geräten. Auch die Senkung des Energieverbrauchs von Autos und Haushaltsgeräten sind vernünftige Wege, um dieses Ziel zu erreichen, solange der Emissionshandel diese Bereiche nicht miteinbezieht. Die Landesregierung NRW muss endlich ihren Widerstand im Bundesrat gegen die steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung aufgeben.
- Die FDP NRW sieht im **Emissionszertifikatehandel** das zentrale Instrument des europäischen Klimaschutzes. Er soll konsequent und kohärent fortentwickelt werden und zukünftig alle Sektoren und möglichst auch weitere Staaten einbeziehen. Nur so lassen sich CO<sub>2</sub>-Emissionen effektiv und kosteneffizient reduzieren. Wir lehnen daher die Bestrebungen der NRW-Landesregierung ab, mit dem geplanten **Klimaschutzgesetz** die energieintensive Industrie und damit auch Arbeitsplätze zur Abwanderung zu bewegen. Auch die von der Landesregierung angestrebte Einführung von Mindestwirkungsgraden für Kraftwerke führt bei Geltung des Emissionshandels zu Belastungen des Standorts NRW, ohne dem Klimaschutz zu dienen.
- Für die FDP NRW ist wirksamer **Klimaschutz** vor allem eine **europäische und darüber hinaus eine internationale Aufgabe**. Zu ambitionierte Alleingänge können kontraproduktive Rückwirkungen haben: Eine lediglich einseitige Selbstverpflichtung setzt Anreize in Nicht-EU-Staaten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu erhöhen oder zumindest die CO<sub>2</sub>-Ausstoßminimierung zu reduzieren. Klimaschutz braucht Impulse, die von der Europäischen Union im globalen Kontext verankert werden.